

Liebe Freundinnen und Freunde,

als Bewerberin für die Landesliste von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landesverband Sachsen zur Bundestagswahl 2021 würde ich mich sehr über euer Votum ab Platz 11 freuen.

Vorher solltet ihr mich aber natürlich kennenlernen:



### Die Anne...

- wurde 1983 in Dessau geboren und kam nach dem Abitur 2003 nach Leipzig um hier Volljuristin zu werden
- arbeitet aktuell als Juristische Berufsfeministin bzw. offiziell Referentin im Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, im Referat für Allgemeine Gleichstellungspolitik und Gleichstellung im öffentlichen Dienst
- war vorher Parlamentarische Beraterin in der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion für die Fachbereiche Gleichstellung, Rechtspolitik, Demokratie und klagte davor als Rechtsanwältin Kita-Plätze ein
- ist mit einem Ur-Leipziger verheiratet, mit dem sie gern Vinyl-Sessions im heimischen Musikzimmer macht oder, wenn nicht gerade Coronapandemie ist, auf Konzerte geht
- ist ehrenamtlich im Deutschen Juristinnenbund e.V. aktiv als Vorsitzende der Regionalgruppe Leipzig und in der Fachkommission „Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung“

### Die grüne Anne...

- ist seit 2017 Parteimitglied und in Leipzig in der AG Geschlechter aktiv
- wurde durch die LAG Geschlechter in die Vielfaltskommission des Landesverbands delegiert
- ist seit 2019 Stadtbezirksbeirätin in Leipzig-Nordwest
- ist eine Reala, die sich gern mit parteiinternen Strukturen und Grundlagen auseinandersetzt

### Anne möchte in den Bundestag, weil sie...

- schon immer der Grundüberzeugung war, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben und sich in gleichem Maße in die Gesellschaft einbringen können müssen - und sie genau das umsetzen möchte
- dem intersektionalen und queeren Feminismus im Parlament eine starke Stimme geben möchte.
- mit ihren parlamentarischen und juristischen Erfahrungen dazu beitragen möchte, dass der Bundesgesetzgeber nachvollziehbare, verständliche und damit bürger\*innenfreundliche und transparente Gesetze beschließt
- offen dafür ist, auch zu neuen Themen und Fragestellungen den Status Quo kritisch zu hinterfragen und alternative Lösungen zu finden
- sachlich und konstruktiv auf der Basis des Grundgesetzes Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen dieser Zeit finden und der Gesellschaft anbieten möchte

## Was Anne sonst noch umtreibt:

- Nur ein vielfältiges Parlament kann im Interesse wirklich aller Bürger\*innen in ihrer Vielfalt gute Entscheidungen treffen.
- Steuerklasse V ist sofort abzuschaffen, mittelfristig muss das Ehegattensplitting durch Individualbesteuerung abgelöst werden.
- Schwangerschaftsabbrüche sind kein Verbrechen! § 218 StGB abschaffen! Abtreibungen und Verhütungsmittel dürfen Frauen nichts kosten.
- Sexarbeiter\*innen brauchen Fachberatung und Schutz und keine stigmatisierenden Gesetzesvorgaben und Verwaltungsverfahren.
- Das bedingungslose Grundeinkommen und eine standardmäßige 30-Stunden-Arbeitswoche könnten die Basis dafür sein, dass jeder Mensch sein Potential für die Gesellschaft entfalten kann.
- Im Ringen um gerechte Löhne und Entgeltgleichheit dürfen die Beschäftigten in Branchen und Gebieten, für die sich die Gewerkschaften nicht interessieren (z.B. Pflege), nicht allein gelassen werden.
- Warum ist eine Stunde Altenpflege unserer Gesellschaft weniger Wert als eine Stunde Autobau?
- Das System der Sozialversicherung ist dringend reformbedürftig. Es sollte eine einheitliche Grundversicherung (Krankheit, Pflege, Rente) geben, die privat aufgestockt werden kann. Die Anzahl der Kassenzulassungen für Ärzt\*innen, Zahnärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen muss sich dringend erhöhen, das zugrunde liegende System muss überprüft werden.
- Bürger\*innen-Räte sind ein Mittel, um Menschen zu hören und abzuholen und von ihren Erfahrungen zu profitieren.
- Die Grundlagen unseres Rechtsstaats (Gewaltenteilung, Grundrechte, Parlamentswesen) sollten Pflichtstoff in jeder weiterführenden Schule in Deutschland sein. Es braucht aber auch mehr politische Erwachsenenbildung, aufklärende Formate in den öffentlichen Medien wären ein Anfang.
- Apropos öffentlich-rechtliche Medien: Als GEZ-Zahlende möchte ich über das Programm mitbestimmen.
- Der ÖPNV in Deutschland ist – im wahrsten Sinne des Wortes – noch ausbaufähig. Ein Deutschland-Takt und ein 365-Tage-Deutschland-Ticket sind das Ziel.
- Der Rechtsstaat muss durchsetzungsstark sein. Das kann er aber nur mit genügend motivierten Fachkräften, denen er gute Rahmenbedingungen bietet.
- Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Geldstrafen sind kontraproduktiv und überholt.
- Wir brauchen Transparenz über menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen im öffentlichen Dienst und konsequente Gegenmaßnahmen.
- Gewalt mit Worten und Taten gegen Menschen, aber auch durch Beschädigungen fremden Eigentums sind ein absolutes No-Go!

Herzlichen Dank für eure Stimme und euer Vertrauen!  
Eure Anne